

2033/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend sieben im Iran inhaftierten Kurden

Am 20. Oktober 1996 wurden sieben iranische Kurden in der Schutzzone der UNO (Halabja-Region) von einem Kommando der sogenannten "islmischen Bewegung", festgenommen und in den Iran entführt. Dort wurden die sieben iranischen Kurden im Gefängnis der Provinz Kermanshah in der Stadt Paveh verbracht. Sie sind nun der Mitgliedschaft bei einer verbotenen Organisation (nämlich der 'Demokratischen Partei Kurdistan Iran') angeklagt. Die Betroffenen, heißen Arshad REZAI, Mohammed Aziz GHADRI, Daryush ISLAMDOOST, Yunes MOHAMMADPOUR, Mozaffar KAZEMI, Adnan ISMAILI und Ivlaroo SOHRABI. Die Anklage ist im Iran im schlimmsten Fall mit der Todesstrafe verbunden. Darüberhinaus sind die sieben politischen Gefangenen ständig schwerer Folter ausgesetzt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANRAGE:

1. Sind Sie Herr Außenminister von den angeführten Fällen bereits in Kenntnis gesetzt worden?
2. Wenn ja: Haben Sie in diesem Zusammenhang bereits diplomatische Initiativen zugunsten der konkret betroffenen Personen, gegenüber dem Regime in Teheran gesetzt und welche?
3. Wenn nein: Welche Initiativen erachten Sie in diesem Falle von Entführung, Folter, und Freiheitsberaubung von führenden Mitgliedern der Demokratischen Partei Kurdistans-Iran für angemessen?